Beteiligungsantrag Mikromezzaninbeteiligung

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz

Finanziert von der Europäischen Union NextGenerationEU

Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Mecklenburg-Vorpommern

Mittelständische Beteiligungsgesellschaft
Mecklenburg-Vorpommern mbH
Graf-Schack-Allee 12
19053 Schwerin

Kreditinstitut	
Straße, Nr.	
PLZ	
Ort	
Bankleitzahl	
Ist Schufa-Mitglied	◯ Ja ◯ Nein
Ansprechpartner/in	
Telefon/Fax	
E-Mail	

Beteiligungsantrag Mikromezzaninbeteiligung aus dem Europäischen Sozialfonds

Beteiligungsbetrag (€)	

Unternehmen

Name		Gründungsdatum	
Rechtsform		Stammkapital (€)	
Straße, Nr.		PLZ, Ort	
Internet		Telefon	
E-Mail		Mobil	
Gegenstand			
Verbundene/nahestehende Unternehmen gem. § 19 Abs. 2 KWG (ggf. als Anlage zur Verfügung stellen)			

Gesellschafter

Name	Adresse	Geburtsdatum, Geburtsort Staatsangehörigkeit Familienstand bzw. Rechtsform	Tätigkeit im Unternehmen ggf. Höhe der Beteiligung

Ehepartner

Name Ehepartner des Gesellschafters	Adresse	Geburtsdatum, Staatsangehörigkeit

Ergänzende Angaben zur Identifizierung nach §§ 10-13 GwG

direkt zur Anlage >>

Beteiligungsantrag Mikromezzaninbeteiligung

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz

Finanziert von der Europäischen Union NextGenerationEU

Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Mecklenburg-Vorpommern

Konzept

Projektart	Bitte wählen Sie eine Projektart aus			
Beschreibung				
Primäre Zielgruppe(n) der Förderung	☐ Gewerbliches Sozialunternehmen ☐ Gründungen aus Arbeitslosigkeit ☐ Umweltorientierter Unternehmenszweck ☐ Unternehmen bildet aus ☐ Unternehmensleitung mit Frauenbeteiligung ☐ Unternehmensleitung mit Migrationshintergrund ☐ Kein ESF-Zielgruppenmerkmal			
Gesellschafter mit Migrationshintergrund				
Zusätzlich beantragte Bürgschaften liegen vor	○ Ja ○ Nein	Bürgschaftshöhe (€)		
Investitionsort				
Arbeitsplätze insgesamt		davon neu		
davon Ausbildungsplätze		davon neu		

Zusatzangaben (ggf. als Anlage zur Verfügung stellen)

Fachliche und kfm. Eignung/Erfahrungen des Unternehmers			
Produkte/Leistungen			
Markt/Wettbewerb/Kunden/Auftragsbestand in €/Vertriebsaktivitäten			
Aktuelles Konzept			
KK-Avalkreditlinie besteht		KK-Höhe (€)	
	○ Ja ○ Nein	Aval-Höhe (€)	

Beteiligungen

Programm	Mikromezzaninbeteiligung

Finanzmittelart	Laufzeit (Jahre)	Beteiligungsbetrag (€)
Mikromezzaninbeteiligung		

Investition und Finanzierung (bei komplexen Finanzierungsvorhaben bitte als Anlage zur Verfügung stellen)

Mittelverwendung		Betrag (€)
Bitte wählen Sie eine Mittelverwendung aus		0,00
Bitte wählen Sie eine Mittelverwendung aus		0,00
Bitte wählen Sie eine Mittelverwendung aus		0,00

Summe	0,00

Mittelherkunft		Betrag (€)
Bitte wählen Sie eine Mittelherkunft aus		0,00
Bitte wählen Sie eine Mittelherkunft aus		0,00
Bitte wählen Sie eine Mittelherkunft aus		0,00

Summe	0,00

Einwilligungserklärung zur Datenerhebung, Datenverarbeitung, Datennutzung und Datenübermittlung

Mir/Uns ist bekannt, dass sich die Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Mecklenburg-Vorpommern mbH (im Folgenden MBG genannt) elektronischer Datenverarbeitungssysteme bedient. Ich/Wir willige(n) hiermit ein, dass die MBG die von mir/uns zur Verfügung gestellten oder zusätzlich über mich/uns bzw. die Hausbank erhobenen personenbezogenen Daten (nachfolgend „Daten“ genannt) zum Zweck der Bearbeitung meiner/unserer Anfrage, meines/unseres Beteiligungsantrages, der Entscheidung, ob eine Beteiligungsübernahme für mein/unser Vorhaben möglich ist, der Beteiligungsverwaltung und deren Abwicklung verarbeitet. Die Einwilligung bezieht sich auch auf die statistische Auswertung dieser Daten durch die MBG einschließlich der Verarbeitung der Daten zur Erstellung und Weiterentwicklung eines Systems zur Ermittlung meiner/unserer Kreditwürdigkeit (Scoring/Rating).

Soweit sich die MBG im Rahmen einer Auftragsverarbeitung externer Dienstleistungsunternehmen bedient (z. B. für EDV-Dienstleistungen, Scoring-/Rating-Systeme), dürfen diese die Daten nur nach Weisung der MBG zu den oben genannten Zwecken verarbeiten. Ferner willige(n) ich/wir ein, dass die MBG berechtigt ist, nach Antragstellung und zur Risikobewertung und -steuerung (z. B. Scoring/Rating) Bonitätsdaten über mich/uns bei Dritten (z. B. Creditreform Rating AG oder SCHUFA Holding AG) und Stellungnahmen von am Beteiligungsverfahren beteiligten Stellen (z. B. Banken, Kammern, Verbänden, Behörden der EU, Behörden des Bundes/Landes) einzuholen, zu verarbeiten und diesen beteiligten Stellen Daten aus der Anfrage-/Antragsbearbeitung und Beteiligungsverwaltung und -abwicklung sowie diesbezügliche Entscheidungen zu übermitteln. Zu diesem Zweck befreie/n ich/wir die MBG und die beteiligten Stellen von ihren Verschwiegenheitspflichten.

Widerrufsbelehrung
Mir/Uns ist bewusst, dass ich/wir diese Einwilligung jederzeit mit Wirkung für die Zukunft unter

Herr Michael Wodke
Graf-Schack-Allee 12
19053 Schwerin
Tel.: +49 (0)385 39 555-32
Fax: +49 (0)385 39 555-36
datenschutz@mbg-mv.de

widerrufen kann/können.

Ungeachtet der Ausübung des Widerrufsrechtes bin ich/sind wir darüber unterrichtet und damit einverstanden, dass die MBG und die beteiligten Stellen berechtigt sind, die Daten auch weiterhin zu verarbeiten, soweit dies für die weitere Vertragserfüllung (Beteiligungsverwaltung und -abwicklung) notwendig ist.

Ort, Datum

Unterschrift/en des/der Kunden

Erklärung zu Beihilfen

Mir/Uns ist bekannt, dass den Mikromezzaninbeteiligungen der MBG (im Folgenden Beteiligungsgesellschaft genannt) Subventionen des Europäischen Sozialfonds zugrunde liegen. Sie sollen gewährt werden, um die Eigenkapitalausstattung und Kreditfähigkeit kleiner und mittlerer mittelständischer Unternehmen zu erhöhen.

Ich bin/Wir sind darüber unterrichtet, dass die von mir/uns angegebenen Tatsachen

- zum Unternehmen (Name, Rechtsform, Sitz, Unternehmensgegenstand, verbundene/nahestehende Unternehmen gem. § 19 Abs. 2 KWG) und zur Betriebsstätte
- zu den Gesellschaftern
- zur fachlichen und kaufmännischen Qualifikation des/der Geschäftsinhaber(s)/Geschäftsführer(s)
- zum Konzept (Projektart, Konzeptbeschreibung, Investitionsort, Arbeitsplätze, Ausbildungsplätze, Produkte und evtl. Kreditverbindlichkeiten)
- zu zusätzlichem Finanzierungsbedarf (Bedarf an Bürgschaft oder bereits Antragstellung erfolgt)
- zu Mittelverwendung/-herkunft, einschließlich Eigenmittel
- bei bestehenden Unternehmen: zu den Angaben zum Antragssteller bzw. dem Antrag stellenden Unternehmen und deren Gesellschaftern (Gesellschaftervertrag, Handelsregisterauszug, verbundene Unternehmen, Selbstauskunft des Beteiligungsnehmers/ geschäftsführenden Gesellschafters)
- zu den wirtschaftlichen Verhältnissen (Jahresabschlüsse der letzten 3 Jahre/Einnahmenüberschussrechnung, aktuelle BWA (einschl. Summen- und Saldenliste), letzter Einkommenssteuerbescheid des Beteiligungsnehmers (soweit natürliche Person), Rentabilitätsplanung, Kreditspiegel unter Berücksichtigung der gesamten Kreditverpflichtungen des Antragstellers inkl. Neuantrag als Nachweis der Kapitaldienstfähigkeit)
- bei Gründern: Angaben zum Antragssteller bzw. dem Antrag stellendem Unternehmen und deren Gesellschaftern (Gesellschaftervertrag, Handelsregisterauszug, verbundene Unternehmen, Selbstauskunft des Beteiligungsnehmers/geschäftsführenden Gesellschafters, Ausweiskopien der Gesellschafter/Inhaber/Beteiligungsnehmer, Konzeptbeschreibung/Unternehmenskonzept/ Businessplan/Rentabilitätsplan, Schufa-Erklärung (entfällt bei paralleler Antragsstellung bei der Bürgschafts- oder Hausbank)
- zu den subventionserheblichen Tatsachen/Beihilfen
- zu Zwangsmaßnahmen jeglicher Art (z. B. eidesstattliche Versicherung bzw. Vermögensauskunft, Scheck-/Wechselprotest und/oder Vergleichs-/Konkurs-/Insolvenzverfahren)

subventionserheblich im Sinne des § 264 StGB sind. Mir/Uns ist die Strafbarkeit eines Subventionsbetruges nach § 264 StGB bekannt. Auf die besonderen Mitteilungspflichten nach § 3 Subventionsgesetz bin ich/sind wir hingewiesen worden. Eine Vergabe der Beteiligungen erfolgt nach den geltenden EU-Bestimmungen.

Ich bin/Wir sind darüber unterrichtet, dass neben den oben genannten Angaben auch die folgenden Angaben über die im laufenden Kalenderjahr sowie in den vergangenen zwei Kalenderjahren erhaltenen/beantragten Beihilfen und über zurzeit laufende Beihilfeanträge des antragstellenden Unternehmens und verbundener Unternehmen im Rahmen der Beihilfengewährung subventionserheblich gemäß § 264 StGB sind.

Mir/Uns ist bekannt, dass insbesondere Scheingeschäfte und Scheinhandlungen für die Bewilligung, Gewährung oder Rückforderung und Weitergewährung oder das Belassen einer Subvention oder eines Subventionsvorteils unerheblich sind (§ 4 SubvG); dies bedeutet, dass für die Beurteilung der tatsächlich gewollte Sachverhalt maßgeblich ist.

Das antragstellende Unternehmen erklärt Folgendes:

Diese Erklärung bezieht sich sowohl auf Beihilfen, die das Unternehmen direkt erhalten bzw. beantragt hat, als auch auf Beihilfen, die ein verbundenes Unternehmen beantragt bzw. erhalten hat. Nachfolgende Kriterien definieren, ob weitere Unternehmen zu dem gesamten Unternehmensverbund als „ein einziges Unternehmen“ im Sinne der De-minimis-Verordnungen hinzuzurechnen sind und bei der Angabe der erhaltenen Beihilfen berücksichtigt werden müssen.

Das Unternehmen hält die Mehrheit der Stimmrechte der Anteilseigner oder Gesellschafter eines anderen Unternehmens.

Das Unternehmen ist berechtigt, die Mehrheit der Mitglieder des Verwaltungs-, Leitungs- oder Aufsichtsgremiums eines anderen Unternehmens zu bestellen und abzuberufen.

Ein Unternehmen ist aufgrund einer vertraglichen Regelung oder einer Bestimmung in der Satzung berechtigt, beherrschenden Einfluss auf das antragstellende Unternehmen auszuüben.

Das Unternehmen ist Anteilseigner oder Gesellschafter eines anderen Unternehmens. Die Erklärenden üben gemäß einer mit anderen Anteilseignern oder Gesellschaftern eines anderen Unternehmens getroffenen Vereinbarung die alleinige Kontrolle über die Mehrheit der Stimmrechte von dessen Anteilseignern oder Gesellschaftern aus.

Das Unternehmen steht über ein anderes Unternehmen oder mehrere andere Unternehmen in einer der oben genannten Beziehungen.

Sofern die aufgeführten Sachverhalte (auch nur das Vorliegen eines Kriteriums ist ausreichend) zutreffend sind, sind sämtliche Beihilfen der verbundenen Unternehmen und des antragstellenden Unternehmens nachfolgend zu berücksichtigen.

Zu beachten bei Fusionen/Übernahmen und Betriebsaufspaltungen:

Im Falle einer Fusion oder Übernahme müssen alle De-minimis-Beihilfen, die den beteiligten Unternehmen zuvor gewährt wurden, herangezogen werden, um zu ermitteln, ob eine neue De-minimis-Beihilfe für das neue bzw. das übernehmende Unternehmen zu einer Überschreitung des einschlägigen Höchstbetrages führt. Die Angaben sind in der unten genannten Tabelle aufzuführen.

Liegt eine Unternehmensaufspaltung vor, so werden die De-minimis-Beihilfen, die dem Unternehmen zuvor gewährt wurden, demjenigen Unternehmen zugewiesen, dem die Beihilfe zugutekommt. Ist die Zurechenbarkeit nicht möglich, werden die Beihilfen den neuen Unternehmen auf der Grundlage des Buchwertes ihres Eigenkapitals zum Zeitpunkt der tatsächlichen Aufspaltung zugewiesen.

☐ Das antragstellende Unternehmen bzw. ein verbundenes Unternehmen sind im Bereich des gewerblichen Straßengüterverkehrs tätig. Speziell der Erwerb von Fahrzeugen für den gewerblichen Straßengüterverkehr ist gemäß den europarechtlichen Bestimmungen nicht förderfähig. Bei einer Tätigkeit in diesem Bereich ist eine weitere Prüfung erforderlich.

Angaben zu erhaltenen und beantragten Beihilfen:

○ Das Unternehmen oder mit dem Unternehmen verbundene Einheiten hat/haben als „ein einziges Unternehmen“ im Sinne der De-minimis-Verordnungen im laufenden Kalenderjahr sowie in den zwei vergangenen Kalenderjahren **keine** Beihilfen im Rahmen der folgenden Verordnungen erhalten/beantragt.

oder

○ Nachfolgend bestätige ich, dass das Unternehmen oder mit dem Unternehmen verbundene Einheiten als „ein einziges Unternehmen“ im Sinne der De-minimis-Verordnungen im laufenden Kalenderjahr sowie in den vorangegangenen zwei Kalenderjahren Beihilfen im Rahmen der folgenden Verordnungen erhalten/beantragt hat/haben:

1. Allgemeine De-minimis-Beihilfen im Sinne der Verordnung (EU) Nummer 1407/2013 der Kommission vom 18. Dezember 2013 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen, veröffentlicht im Amtsblatt der Europäischen Union L 352/1 vom 24. Dezember 2013,

2. DAWI-De-minimis-Beihilfen im Sinne der Verordnung (EU) Nr. 360/2012 der Kommission vom 25. April 2012 und der Verordnung (EU) Nr. 2018/1923 vom 07. Dezember 2018 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen an Unternehmen, die Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse erbringen, veröffentlicht im Amtsblatt der Europäischen Union L 114/8 vom 26. April 2012 bzw. L 313/2 vom 10. Dezember 2018,

3. De-minimis-Agrar-Beihilfen im Sinne der Verordnung (EU) Nr. 1408/2013 der Kommission vom 18. Dezember 2013 und der Verordnung (EU) Nr. 2019/316 vom 21. Februar 2019 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen im Agrarsektor, veröffentlicht im Amtsblatt der Europäischen Union L 352/9 vom 24.12.2013 bzw. L 51 I/1 vom 22. Februar 2019,

4. De-minimis-Beihilfen im Fischerei- und Aquakultursektor im Sinne der Verordnung (EU) Nr. 717/2014 der Kommission vom 27. Juni 2014 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen im Fischerei- und Aquakultursektor, veröffentlicht im Amtsblatt der Europäischen Union L 190/45 vom 28. Juni 2014.

Art der Beihilfe (1.-4.)	Datum	Antragsteller bzw. verbundenes Unternehmen (s. o.)	Zuwendungsgeber Aktenzeichen, Förderprogramm, Form der Beihilfe	Fördersumme (€) (z. B. Zuschuss-, Darlehens-, Bürgschaftsbetrag)	Subventionswert (€)

Bei den vorstehenden Angaben ist zu kennzeichnen, welches Unternehmen die Beihilfe beantragt hat bzw. welche der vier genannten De-minimis-Beihilfen beantragt bzw. erhalten wurden.

☐ Beihilfebescheinigungen werden nachgereicht, sofern die vorgenannten Angaben nicht vollständig ausgefüllt werden können.

☐ Die mit dem aktuellen Antrag beantragte Beihilfe wird mit weiteren Beihilfen für dieselben förderbaren Aufwendungen kumuliert (Förderanträge bzw. Bewilligungsbescheide sind in der Anlage beigefügt oder werden nachgereicht).

Ich/Wir verpflichte/n mich/uns, der Beteiligungsgesellschaft unverzüglich Änderungen der vorgenannten Angaben zu übermitteln, sofern sie mir/uns bekannt werden.

Sonstige Zuwendungen: Ich habe/wir haben in der Vergangenheit keine Zuwendungen erhalten, die von der Europäischen Kommission für formell oder materiell rechtswidrig erklärt wurden und für die eine diesbezügliche Rückforderungsentscheidung erlassen wurde.

Ort, Datum Unterschrift

Erklärungen des Beteiligungsnehmers zur Befreiung von der Verschwiegenheit

Ich bin/Wir sind damit einverstanden, dass die MBG (im Folgenden Beteiligungsgesellschaft genannt) zur Prüfung des Beteiligungsantrages und des laufenden Beteiligungsengagements Bonitätsdaten und gutachterliche Stellungnahmen bei Dritten anfordert. Zu diesem Zweck befreie(n) ich/wir die zuständige Beteiligungsgesellschaft, Kammern und Verbände, Hausbanken, Unternehmens-/Steuerberater sowie die Creditreform und die SCHUFA von ihren Verschwiegenheitspflichten. Ich bin einverstanden, dass bei Prüfungen im Haus der zuständigen Beteiligungsgesellschaft durch die NBank, den ESF bzw. weiteren im Verfahren beteiligten Stellen, die zuständige Beteiligungsgesellschaft von der Verschwiegenheit entbunden wird.

Ich/Wir entbinde(n) die Finanzbehörden von der Pflicht zur Wahrung des Steuergeheimnisses gem. § 30 der Abgabeordnung gegenüber den mit dem Beteiligungsverfahren bzw. mit der Verwaltung von Regressforderungen aus dem Beteiligungsengagement befassten Stellen. Die Befreiung des Steuergeheimnisses gilt bis zur Rückzahlung der Beteiligung.

Weitere Erklärungen des Beteiligungsnehmers

a) Ich versichere/Wir versichern die Richtigkeit und Vollständigkeit aller zu diesem Antrag gemachten Angaben.

b) Zwangsmaßnahmen jeglicher Art sind bei mir/uns und von mir/uns beherrschten Unternehmen nicht vorgekommen/vorgekommen/ in einer Anlage erläutert:

eidesstattliche Versicherung bzw. Vermögensauskunft	Bitte auswählen
Scheck-/Wechselprotest	Bitte auswählen
Vergleichs-/Konkurs-/Insolvenzverfahren	Bitte auswählen
Sonstige	

c) Mir/Uns ist bekannt, dass für die Bearbeitung des Beteiligungsantrages ein einmaliges Bearbeitungsentgelt in Höhe von 3,5 Prozent (zzgl. etwaig anfallender Umsatzsteuer) der beantragten Beteiligungssumme zu entrichten ist und dieses Entgelt nach Genehmigung der Beteiligung durch die Beteiligungsgesellschaft fällig wird. Ich/Wir erkenne(n) die Zahlungspflicht dieses bei Genehmigung fälligen Bearbeitungsentgeltes für mich/uns hiermit ausdrücklich als rechtsverbindlich an.

Mir/Uns ist darüber hinaus bekannt, dass für die Bearbeitung des Beteiligungsantrages auch bei Ablehnung des Beteiligungsantrages ein einmaliges Bearbeitungsentgelt in Höhe von 500,00 € (zzgl. etwaig anfallender Umsatzsteuer) zu entrichten ist und nach Ablehnung durch die Beteiligungsgesellschaft fällig wird. Ich/Wir erkenne(n) die Zahlungspflicht dieses bei Ablehnung fälligen Bearbeitungsentgelts für mich/uns hiermit ausdrücklich als rechtsverbindlich an.

d) Ich habe/Wir haben die folgenden Antragsvoraussetzungen für die Gewährung einer Beteiligung zur Kenntnis genommen und bestätige(n), dass diese nach meiner/unserer Einschätzung vorliegen:

- Förderfähigkeit: **Kleinst- und Kleinunternehmen** (Kleinstunternehmen: Beschäftigte max. 10 und Umsatz max. 2 Mio. € oder Bilanzsumme max. 2 Mio. €; Kleinunternehmen: Beschäftigte max. 50 und Umsatz max. 10 Mio. € oder Bilanzsumme max. 10 Mio. €)
- **Eigenkapital**: Positives wirtschaftliches Eigenkapital (nur für bestehende Unternehmen)
- **Jahresergebnis**: Positives Jahresergebnis (nur für bestehende Unternehmen)
- **Beihilfe**: Keine Unternehmen in Schwierigkeiten, keine Sanierungen
- **Mittelverwendung**: Es werden keine bestehenden Finanzierungen abgelöst
- **Maximalbetrag** für Antragsteller **ohne** ESF-Zielgruppenmerkmal 50.000 €
- **Maximalbetrag** für Antragsteller **mit** ESF-Zielgruppenmerkmal 150.000 €, auszahlbar in mind. 2 Tranchen je max. 75.000 €.

Ort, Datum Unterschrift

Erteilung eines SEPA-Lastschriftmandats

Mandatsreferenz*:	Gläubiger-Identifikationsnummer: DE92ZZZ00000518039

**Wird von der Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Mecklenburg-Vorpommern mbH, nachfolgend MBG genannt, ausgefüllt.*

SEPA-Lastschriftmandat
Ich/Wir ermächtige/n die MBG, Zahlungen von meinem/unserem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise/n ich/wir mein/unser Kreditinstitut an, die von der MBG auf mein/unser Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.

Hinweis: Ich kann/Wir können innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem/unserem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Kontodaten:

Firma bzw. bei natürlichen Personen Vor- und Nachname des Kontoinhabers:	
Anschrift (PLZ, Ort, Straße, Hausnummer) des Kontoinhabers:	
Kreditinstitut:	
IBAN:	BIC:
Ort/Datum:	Unterschrift:

Dieses SEPA-Lastschriftmandat gilt für alle Zahlungen aus Verträgen mit

☐ oben genanntem Kontoinhaber ☐ nachfolgendem Beteiligungsnehmer

Firma bzw. bei natürlichen Personen Vor- und Nachname des Beteiligungsnehmers:
Anschrift (PLZ, Ort, Straße, Hausnummer) des Beteiligungsnehmers:

Erklärung zum Migrationshintergrund der Programmteilnehmer/innen zum Zwecke der statistischen Erhebung

Beteiligungsnehmer/Antragsteller:

Name, Vorname	
Geburtsdatum/-ort:	
Konzept	

Hiermit bestätige ich, dass ich einen Migrationshintergrund nach der untenstehenden Definition habe.

Ich bin

- Nach 1949 auf das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland zugewandert
- In Deutschland geborene Ausländerin/geborener Ausländer
- In Deutschland als Deutsche/r geboren und habe zumindest einen nach 1949 zugewanderten Elternteil
- In Deutschland als Deutsche/r geboren und habe zumindest einen als Ausländer/in in Deutschland geborenen Elternteil

Definition:

Personen mit Migrationshintergrund im Sinne der Förderung sind alle nach 1949 auf das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland Zugewanderten, sowie alle in Deutschland geborenen Ausländer/innen und alle in Deutschland als Deutsche Geborenen mit zumindest einem nach 1949 zugewanderten oder als Ausländer/in in Deutschland geborenen Elternteil.

Die obenstehenden persönlichen Daten werden lediglich aus statistischen Gründen erfasst und verarbeitet und dienen der Auswertung der Förderziele. Ich willige ein, dass die von mir zur Verfügung gestellten Personen- und Sachdaten zum Zweck der Anfrage-/Antragsbearbeitung, der Beteiligungsverwaltung und -abwicklung verarbeitet bzw. verwendet werden können. Die MBG oder andere vom Land beauftragte Stellen haben das Recht, die obenstehenden Daten zum Zwecke einer ordnungsgemäßen Verwendung der Fördermittel zu überprüfen.

Ort, Datum Unterschrift

Weitere einzureichende Unterlagen

Folgende Unterlagen sind für bestehende Unternehmen erforderlich

Angaben zum Antragssteller bzw. dem Antrag stellenden Unternehmen und deren Gesellschaftern	beigefügt
• Gesellschaftervertrag, Handelsregisterauszug, verbundene Unternehmen	☐
• Selbstauskunft des Beteiligungsnehmers/geschäftsführenden Gesellschafters	☐
• Ausweiskopien der Gesellschafter/Inhaber/Beteiligungsnehmer	☐
Wirtschaftliche Verhältnisse	
• Jahresabschlüsse der letzten 3 Jahre/Einnahmenüberschussrechnung	☐
• Aktuelle BWA (einschl. Summen- und Saldenliste)	☐
• Letzter Einkommenssteuerbescheid des Beteiligungsnehmers (soweit natürliche Person)	☐
• Rentabilitätsplanung	☐
• Kreditspiegel unter Berücksichtigung der gesamten Kreditverpflichtungen des Antragstellers inkl. Neuantrag als Nachweis der Kapitaldienstfähigkeit	☐
Ergänzende Verträge und Angaben	
• SEPA-Mandat (separate Anlage)	☐

Folgende Unterlagen sind für Gründer erforderlich

Angaben zum Antragssteller bzw. dem Antrag stellenden Unternehmen und deren Gesellschaftern	beigefügt
• Gesellschaftervertrag, Handelsregisterauszug, verbundene Unternehmen	☐
• Selbstauskunft des Beteiligungsnehmers/geschäftsführenden Gesellschafters	☐
• Ausweiskopien der Gesellschafter/Inhaber/Beteiligungsnehmer	☐
• Konzeptbeschreibung/Unternehmenskonzept/Businessplan/Rentabilitätsplan	☐
• Schufa-Erklärung (entfällt bei paralleler Antragsstellung bei der Bürgschafts- oder Hausbank)	☐
Ergänzende Verträge und Angaben	
• SEPA-Mandat (separate Anlage)	☐

Mikromezzaninfonds-Deutschland

Existenzgründer sowie kleine und junge Unternehmen finden nur schwer Geldgeber, weil sie häufig wenig Eigenkapital haben. Hausbanken lehnen mangels Sicherheiten eine Finanzierung ab. Deshalb hat das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie den MMF-Deutschland aufgelegt. Er wird **aus Mitteln des ERP-Sondervermögens und des Europäischen Sozialfonds (ESF) finanziert**. Verwaltet wird der Fonds von der NBank, der Investitions- und Förderbank Niedersachsen.

Was ist der ESF?

Der „Europäische Sozialfonds“ (ESF) ist ein Strukturfonds der Europäischen Union. Aus dessen Mitteln werden arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitische Maßnahmen in den Mitgliedsstaaten der EU finanziert. Der ESF unterstützt Menschen, verbessert ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt und trägt zur Schaffung von Arbeitsplätzen bei.

Was ist das ERP-Sondervermögen?

Das ERP-Sondervermögen ist ein Sondervermögen aus dem European Recovery Programm. Dies wurde 1948 auf Grundlage des Marshallplans bereitgestellt. Mit dem ERP-Sondervermögen unterstützt der Bund Unternehmen in Deutschland.

Information zur Datenerhebung, Datenverarbeitung, Datennutzung und Datenübermittlung

1. **Name der verantwortlichen Stelle:** Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Mecklenburg-Vorpommern mbH
2. **Leiter der verantwortlichen Stelle:** Geschäftsführer: Dr. Thomas Drews, Carsten Krull
3. **Kontaktdaten der verantwortlichen Stelle / des/der Datenschutzbeauftragten:** Herr Michael Wodke, Graf-Schack-Allee 12, 19053 Schwerin, Tel.: +49 (0)385 39 555-32, Fax: +49 (0)385 39 555-36, datenschutz@mbg-mv.de
4. **Zwecke und Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung**
   Es werden personenbezogene Daten verarbeitet. Hierbei handelt es sich z. B. um Name, Adresse, Geburtsdatum, Bankverbindung etc. Diese werden benötigt, um Anfragen / Anträge hinsichtlich der Beteiligungsübernahme, - bearbeitung, - abwicklung und des -regresses zu bearbeiten. Weiter werden Daten zur statistischen Auswertung sowie zu Scoringzwecken erhoben.
   Die Rechtsgrundlage ist sowohl die Einwilligung als auch das Vertragsverhältnis zwischen dem Kunden und der MBG.
5. **Berechtigtes Interesse**
   Das berechtigte Interesse liegt in der Vertragserfüllung durch die MBG.
6. **Kategorien der personenbezogenen Daten**
   - Kunden / Beteiligungsnehmer
   - Gesellschafter / Geschäftsführer / Unternehmer
   - Garanten
7. **Empfänger der Daten**
   Die Daten übermitteln wir zum Zweck der Antrags-/Anfragebearbeitung, u. a. an Finanz- und Wirtschaftsministerium, Creditreform, SCHUFA und ggf. weitere Scoring-Unternehmen. In unserem Softwaresystem werden die Daten verarbeitet, so dass auch der Softwareanbieter PASS / EXEC die Daten erhält. Ggf. erhalten weitere Auftragsverarbeiter Daten zum Zweck der Antrags-/Anfragebearbeitung. Im Wege der Antrags-/Anfragebearbeitung werden auch die Kammern, Verbände etc. und ggf. weitere Behörden eingeschaltet.
8. **Übermittlung der Daten in ein Drittland**
   Eine Weitergabe der erhobenen/erhaltenen Daten in ein sicheres Drittland findet im Rahmen der Kooperation mit der Schufa statt. Im Rahmen der Abwicklung und/oder Regresses können Übermittlungen in Drittländer ebenfalls stattfinden. Die Übermittlung an eine internationale Organisation findet nicht statt.
9. **Speicherdauer**
   Die Speicherdauer richtet sich sowohl nach der Vertragsdauer als auch nach den gesetzlichen / vertraglichen Aufbewahrungsfristen. Nach Ablauf der gesetzlichen / vertraglichen Aufbewahrungsfristen werden die Daten gelöscht / anonymisiert, sofern sie nicht mehr zum Zwecke der Datenverarbeitung (Bearbeitung des Engagements) benötigt werden.
10. **Auskunftsrecht / Recht auf Löschung / Recht auf Einschränkung der Verarbeitung**
    Es besteht ein Auskunftsrecht zu verarbeiteten personenbezogenen Daten. Sofern die personenbezogenen Daten fehlerhaft verarbeitet wurden, besteht das Recht auf Berichtigung. Ein Recht auf Löschung und Einschränkung der Verarbeitung besteht, sofern dies mit dem Zweck der Datenverarbeitung vereinbar ist (solange der Zweck besteht, können Löschung und eingeschränkte Verarbeitung nicht erfolgen).
11. **Bestehen eines Widerspruchsrechts gegen die Verarbeitung sowie des Rechts auf Datenübertragbarkeit**
    Es besteht ein Recht auf Widerspruch gegen die Verarbeitung sowie das Recht auf Datenübertragbarkeit.
12. **Recht auf Widerruf der Einwilligung**
    Sofern die Datenverarbeitung auf Grund einer Einwilligung erfolgt, besteht jederzeit das Recht auf Widerruf der Einwilligung. Die vor Widerruf durchgeführte Verarbeitung bleibt rechtmäßig. Sofern die Engagementbearbeitung noch nicht beendet ist, erfolgt die weitere Datenverarbeitung auf Grundlage des bestehenden Vertrags.
13. **Beschwerderecht bei Aufsichtsbehörde**
    Es besteht ein Beschwerderecht bei der Aufsichtsbehörde. Bei dieser handelt es sich um den Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit Mecklenburg-Vorpommern, Sebastian Schmidt, Werderstraße 74a, 19055 Schwerin,
    E-Mail: info@datenschutz-mv.de
14. **Bereitstellung der personenbezogenen Daten & Folge der Nichtbereitstellung**
    Die Bereitstellung der personenbezogenen Daten erfolgt über die Hausbank im Rahmen der Weiterleitung des Antrags auf Übernahme einer Ausfallbürgschaft. In anderen Fällen erfolgt die Bereitstellung der personenbezogenen Daten über den Kunden. Ohne Bereitstellung der Daten kann kein Vertrag geschlossen werden.
15. **Bestehen einer automatisierten Entscheidungsfindung**
    Es besteht keine automatisierte Entscheidungsfindung hinsichtlich etwaiger Vertragsabschlüsse / Antragsbearbeitung.
16. **Verarbeitung der Daten über den Zweck der Datenbearbeitung hinaus**
    Die Daten werden für den Zweck der Anfrage-/Antragsbearbeitung und dessen Abwicklung verarbeitet und genutzt. Im Weiteren werden Statistiken auf Grund der Vertragsbearbeitung erstellt.

Anlage

Identifizierung nach §§ 10-13 GwG und Feststellung des wirtschaftlich Berechtigten nach § 3 GwG sowie des PEP-Status nach § 1 Abs. 12 GwG

☐ **Kunde - Natürliche Person** (Ggfs. Mehrfachausweis erforderlich in Abhängigkeit der Funktion im Unternehmen)

☐ Gültiger Personalausweis ☐ Gültiger Reisepass (nebst Meldebescheinigung)	
☐ Andere Ausweisdokumente	
Geburtsdatum/-ort	
Staatsangehörigkeit	
Ausweisnummer	
Ausstellende Behörde	
Datum der Ausstellung	
PEP-Status	○ Ja ○ Nein
Handelnd im eigenen wirtschaftlichen Interesse	○ Ja ○ Nein

☐ **Juristische Person/Personengesellschaft**

Handelsregister-Nr.	
Handelsregisterort	
Gesellschaftervertrag vom	
Gründung am	
Gesellschafterliste	
Vertretungsorgan (Name, Anschrift, ggf. Register-Nr.)	
Handelnd im eigenen wirtschaftlichen Interesse	◉ Ja ○ Nein

☐ **Vertretungsberechtigte (natürliche) Person**

☐ Gültiger Personalausweis ☐ Gültiger Reisepass (nebst Meldebescheinigung)	
☐ Andere Ausweisdokumente	
Geburtsdatum/-ort	
Staatsangehörigkeit	
Ausweisnummer	
Ausstellende Behörde	
Datum der Ausstellung	

Wirtschaftlich Berechtigter

Name	
Straße	
PLZ/Ort	
Geburtsdatum/-ort	
Verifizierungsdokument	
PEP-Status	○ Ja ○ Nein

Wir bestätigen, die relevanten Vorschriften nach dem Geldwäschegesetz (GwG) beachtet zu haben.
Der MBG sind auf Nachfrage entsprechende Nachweise zur Verfügung zu stellen.

Ort, Datum Unterschrift